Stadt Bergneustadt

Der Bürgermeister

Bergneustadt, 29.04.2004

Beschlussvorlage Nr.

Federführendes Amt / Aktenzeichen
Amt 60 / 61-26-01

öffentlich

nichtöffentlich

↓ Beratungsfolge	↓ Sitzungstermin
Rat	19.05.04

Beschlussvorlage

Bebauungsplan Nr. 24 – GE Am Schlöten

-1. vereinfachte Änderung

hier: Satzungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

Der Rat der „Stadt Bergneustadt beschließt gem. § 2 Abs. 1 und Abs. 4 i.V.m. § 13 Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141) und der §§ 7 (1), 41 (1) Buchstabe g) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666), jeweils in der neuesten gültigen Fassung:

- den am 30.10.1992 rechtskräftig gewordenen Bebauungsplan Nr. 24 – GE Am Schlöten zu ändern (1. vereinfachte Änderung).
- Die Änderung bezieht sich ausschließlich auf die in der Ziffer 6 der textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan getroffenen Aussage, dass “Stellplätze und Garagen außerhalb der überbaubaren Flächen in den Pflanzbereichen.....innerhalb der Gewerbe- und Industriegebiete nicht zulässig sind.“ Hier wird die Möglichkeit geschaffen, innerhalb des 20m breiten Pflanzstreifens entlang der Eigentumsfläche der Bundesstraße B 55, gewerbliche Stellplätze auf dem Grundstück Gemarkung Wiedenest, Flur 12, Flurstück 80 ausnahmsweise anzulegen.
- Die Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB (Stand: 29.10.2003) ist beigelegt.
- Die Ergänzung der textlichen Festsetzungen (Stand: 29.10.2003) ist beigelegt.
- Der Lageplan (Auszug aus dem BP. Nr. 24 – GE Am Schlöten in dem die Änderung schraffiert und textlich gekennzeichnet ist) ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.
- Die 1. vereinfachte Änderung wird gem. § 10 Abs. 1 i.V.m. § 13 BauGB und der §§ 7 Abs. 1, 41 Abs. 1 GO NW als **Satzung** beschlossen.

In Vertretung

Thorsten Falk
1. Beigeordneter

Erläuterungen:

Der Änderungsbeschluss für die Einleitung des Verfahrens wurde vom Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 25.11.2003 gefasst.

Die öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte nach Bekanntmachung im Amtsblatt vom 05.03.2004 in der Zeit vom 15.03.2004 bis einschl. 15.04.2004.

Über die zwei eingegangenen Anregungen und Bedenken ist im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 27.04.2004 die Abwägung vollzogen worden. Änderungen haben sich daraus für die Begründung und die textlichen Festsetzungen nicht ergeben.

Mitzeichnungen		
☐	I. Beigeordneter	☒
	Datum	Amt 66 Datum
☐	Amt 10	☐
	Datum	Datum
☐	Amt 20	☐
	Datum	Datum